

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

N 13.

Donnerstag, den 29. Januar

1903.

Bekanntmachung.

Anschlüsse an die Stadtfernsprecheinrichtung in Eibenstock sind für den I. Bauabschnitt bis zum 1. März bei dem Postamt daselbst anzumelden. Chemnitz, 20. Januar 1903.

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
Nichter.

Versteigerung.

Donnerstag, den 29. dts. Mts.,

vormittags 11 Uhr

sollen in der Restauration „Zur Garküche“ hier folgende daselbst eingestellte Sachen, nämlich: 1 Faß Weißwein (ca. 60 Liter), 1 Leschin, 1 Pistol, 27 Beile und Kerze, 5 Sägen und 3 Hackmesser an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Eibenstock, am 27. Januar 1903.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

Anmeldung der Kleinen

für die I. Bürgerschule Montag, den 2. Februar 1903,
für die II. Bürgerschule Dienstag, d. 3. Februar 1903, nachmittags 2—4 Uhr
in der Expedition der neuen Schule.

Vorzulegen sind Impfschein, für auswärtig geborene Kinder außerdem Geburts- und Taufschein, und zwar durch Erwachsene.

Bürgerschule Eibenstock.
Kändler.

Versteigerung.

Sonnabend, den 31. Januar 1903,

nachmittags 4 Uhr

soll im Gasthaus „Zum Englischen Hof“ hier ein daselbst eingestelltes Grammophon mit 12 Platten an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Eibenstock, am 28. Januar 1903.

Der Gerichtsvollzieher des Königlichen Amtsgerichts.

Die Rede des Grafen Posadowsky.

In der Reichstags-Sitzung vom 23. Januar hat der Abg. Dr. Hertel scharfe Angriffe gegen die Regierung gerichtet, weil sie beabsichtigt, die Wahlhandlung in der Weise zu ändern, daß eine größere Sicherung des Wahlergebnisses gewährleistet wird. Diese Angriffe sind ganz unbegründet, wenn man sich erinnert, daß eben diese Forderung nicht weniger als viermal von der großen Mehrheit des Reichstages gestellt worden ist. Der Staatssekretär des Innern, Graf von Posadowsky, hielt dem Abgeordneten Dr. Hertel mit vollem Recht entgegen, daß derjenige, der erklärt, er sei kein Gegner des allgemeinen geheimen Wahlrechts — und das hatte Dr. Hertel erklärt — auch der Regierung keinen Vorwurf daraus machen könne, wenn sie sich bemühe, die Wahlhandlung zu einer wirklich geheimen zu gestalten. Es schien wirklich so, als gehöre der Abg. Dr. Hertel und seine Freunde zu den Leuten, denen man es nie recht machen kann. Es ist aber nicht Sache der Regierung, sich durch solche ewig Unzufriedene von dem als richtig anerkannten Weg abdrängen zu lassen; in diesem Falle führt die Regierung, wie Graf Posadowsky nachdrücklich erklärte, nur Sinn und Geist des verfassungsmäßigen geheimen Wahlrechts aus, und sie kann sicher sein, daß sie damit auch dem Wunsche der großen Mehrheit des Reichstages entsprechend handelt trotz Dr. Hertel und derjenigen seiner Freunde, die zwar die notwendigen Konsequenzen des bestehenden Wahlrechts nicht ziehen wollen, dennoch aber niemals verabsäumen, sich als Freunde dieses Wahlrechts offen zu bekennen.

Ein zweiter Angriff wurde von demselben Abgeordneten gegen die von der Regierung geübte Mittelstandspolitik gerichtet. Auch diesen Angriff konnte der Graf Posadowsky erfolgreich zurückweisen. Wer nur einigermaßen mit unserer sozialpolitischen Gesetzgebung vertraut ist, der muß die Entgegnung des Staatssekretärs als vollkommen zutreffend anerkennen. Die große Reihe von Maßregeln, die ergriffen worden sind, namentlich auf dem Gebiete der Gewerbepolizei, sind der beste Beweis dafür, daß die Regierung gemäß ist, den Mittelstand zu erhalten. Man erinnere sich nur, um ein Beispiel aus neuester Zeit zu nehmen, an den Erlaß des Handelsministers vom Juli 1902 über die Handwerker-Gewerkschaften oder ganz besonders an das Handwerker-Gesetz vom 27. Juli 1897, das den Handwerkern und kleinen Gewerbetreibenden eine Organisation gegeben hat, die ihnen gerade die Selbstständigkeit verleiht, die der Abg. Dr. Hertel so sehr für sie wünscht. Hier haben wir doch einen großen und gesunden selbständigen Mittelstand, was verlangen Dr. Hertel und seine Freunde denn noch mehr? Der Befähigungsnachweis, der wohl gefordert wird, läßt sich mit der Gesamtgestaltung unserer wirtschaftlichen und gewerblichen Lebens nach den Worten des Staatssekretärs nicht vereinbaren. Allerdings kann die Regierung, wie Graf Posadowsky sehr nachdrücklich betonte, nicht den Mittelstand künstlich erhalten mit gesetzlichen Maßregeln, die mit den Grundgesetzen des modernen Staats vollkommen unvereinbar sind. Wohl ist es die Aufgabe des Staates, die wirtschaftlich Schwachen zu schützen, aber die wirtschaftlich Toten wieder beleben zu wollen, wäre nicht nur verfehlt, sondern im Interesse des Mittelstandes selbst geradezu ein schweres Unrecht. Wir haben alle Ursache, dem Grafen Posadowsky zu danken, daß er diese Art ungesunder Mittelstandspolitik nachdrücklich zurückweist.

Daß Zolltarif und Handelsverträge von den Staatsrednern vielfach berührt wurden, ist bei der Wichtigkeit dieser Thematika selbstverständlich. Leider scheint man auf der rechten Seite des Hauses das unter größten Anstrengungen gegenüber der Obstruktion zustande gekommene Tarifwerk hinterdrein nicht mehr als eine wertvolle Errungenschaft zum verstärkten Schutze der heimischen Landwirtschaft anerkennen zu wollen. Das ist ein sehr kurzfristiger Standpunkt, umso mehr, als die verbündeten Regierungen bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den auswärtigen Staaten über den Abschluß neuer Handels-Verträge des starken Rückhalts an der deutschen Volkswirtschaft bedürfen. An dem Zustandekommen der Handels-Verträge hat die Landwirtschaft ein dringendes Interesse; dieses Ziel kann aber nur erreicht

werden, wenn auch ein auf die veränderten Verhältnisse zugemessener Zolltarif zur Verfügung steht. Es wäre also in jeder Hinsicht ungewöhnlich, das für die Vertrags-Verhandlungen unentbehrliche Tarif-Instrument preiszugeben. Diese Gefahr besteht im Grunde auch gar nicht.

Für die Handels-Verträge ist nach menschlicher Voraussicht eine Mehrheit unter allen Umständen gesichert, und daß dieser Mehrheit auch Mitglieder der Rechten sich zugesellen werden, ist nicht zu bezweifeln. Alle Wünsche der Landwirtschaft konnten weder in dem Zolltarif erfüllt werden, noch werden sie es in den künftigen Vertragsstücken sein. Aber große Vorteile bringt der neue Tarif speziell der Landwirtschaft; und dieser Vorteile kann das landwirtschaftliche Gewerbe tatsächlich nur nach Annahme der Handels-Verträge teilhaftig werden. Der Wunsch eines Teiles der Rechten, einen verfrühten Inkraftsetzungs-Termin für den Zolltarif unter gänzlicher Auserlassung des Standes der Tarif-Verhandlungen mit den ausländischen Staaten festzustellen, hätte nicht nur der Würde der verbündeten Regierungen widersprochen, sondern auch die Erlangung wirklich günstiger Handels-Verträge erschwert.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser beabsichtigt, am 18. Februar dieses Jahres an Bord des Dampfschiffes „Sleipner“ mit kleinem Gefolge eine Ostseefahrt zu unternehmen. Aus diesem Anlasse hat S. M. „Sleipner“ Befehl erhalten, in der ersten Hälfte des Februar feebereit zu sein und am 16. Februar von Kiel nach Rügen in See zu gehen, um dort die Ankunft des Monarchen zu erwarten.

— Das Marineverordnungsblatt veröffentlicht eine Kaiserliche Ordre vom Montag, die lautet: „Ich will Meinem Kanonenboot „Itis“ zur bleibenden Erinnerung und zur Ehrung des hervorragenden Verhaltens seiner Besatzung im Kampfe mit den Tausendern am 17. Juni 1900 eine besondere Auszeichnung zuerkannt werden lassen und bestimme: Der „Itis“ hat auf der Back über den Vordersteven aufgesetzt den Orden Pour le mérite und auf dem Flaggenstock einen Flaggenknopf nach dem Mir vorgelegten Muster zu tragen.“ Eine gleichzeitige Verfügung des Staatssekretärs v. Tirpitz befragt, daß der Flaggenknopf den Orden Pour le mérite, umgeben von einem Lorbeerkranz zeigt, der die Inschrift trägt: „S. M. S. „Itis“ 17. Juni 1900.“

— Ueber die Obstruktion im österreichischen Abgeordnetenhaus urteilt ein im „Vorwärts“ als Leitartikel abgedruckter Wiener Brief höchst abfällig, ohne daß der Redaktion des „Vorwärts“ dabei zum Bewußtsein gekommen ist, wie diese Beurteilung auch gegen die eigene Obstruktion der Sozialdemokraten im deutschen Reichstage zurückschlägt. So lesen wir in dem Wiener Briefe, daß die Obstruktion im Ru das bewertete, was zwei Jahre vergebens versucht wurde, die Frontstellung fast des ganzen Hauses gegen die Obstruktion. Die Obstruktionisten hätten einen wahren Kampf gegen die unbesiegbare Wucht der Zeit zu bestehen gehabt. Die Sitzung dauert 30 Stunden, und in dieser Tonart habe es weitergehen sollen, bis die Helben lobbaren dahinsinken in männermordenden Streit. Die Majorität habe einen regelmäßigen Schichtwechsel organisiert und könne diese eine Sitzung auch bis Sonntag führen. Schließlich heißt es: „Daß die Obstruktion niedergewungen werden muß, ist freilich unzweifelhaft.“

— England. Seit Wochen hat die englische Presse die gefährlichsten Verdächtigungen gegen Deutschland auszustreuen gesucht und hat immer u. immer wieder behauptet, daß die deutsche Regierung das britische auswärtige Amt zu gemeinsamer Aktion „verlockt“ habe, um England mit den Vereinigten Staaten zu vereinen. Es ist daher notwendig, endlich klarzustellen, daß nicht Deutschland, sondern England mit Bezug auf die Anregung einer gemeinsamen Aktion gegen Venezuela die Initiative ergriffen hat. Man erinnert sich, daß die britische Regierung im Dezember vorigen Jahres ein die venezolanische Frage betreffendes Glaubuch veröffentlichte. Die erste darin angeführte,

vom 23. Juli vorigen Jahres datierte Depesche teilt in sehr unklar gehaltener Fassung mit, der deutsche Botschafter habe mit dem britischen Minister des Auswärtigen über eine beabsichtigte gemeinsame Aktion gegen Venezuela eine Unterredung gehabt, und der letztere habe erklärt, „Großbritannien sei bereit, sich anzuschließen“. Hierdurch wurde der Eindruck erzeugt, daß die Anregung zu gemeinsamer Aktion von Deutschland ausgegangen sei. Die Sache verhält sich aber anders. Im Februar vorigen Jahres sandte nämlich Lord Lansdowne einen Vertreter des britischen auswärtigen Amtes zum deutschen Botschafter und ließ ihn darauf hinweisen, daß die von Deutschland und Großbritannien gegen Venezuela erhobenen Beschwerden und Forderungen ganz ähnlicher Art seien und daß daher ein gemeinsames Vorgehen der beiden Mächte als angemessen erscheinen müsse. Ueber diesen ganz definitiven Vorschlag berichtete der deutsche Botschafter an seine Regierung, die ihn dann im Juli, nachdem sich Venezuela fortgesetzt hartnäckig erwidert, beauftragte, der britischen Regierung mit Bezug auf die von ihr angelegte gemeinsame Aktion näher zu treten. Der Umstand, daß die Verhandlungen in dieser Angelegenheit im Februar aus der eigenen Initiative der britischen Regierung hervorgegangen waren und daß der deutsche Botschafter im Juli nur dazu auf dem auswärtigen Amte erschien, um die Zustimmung seiner Regierung zu dem vom britischen Minister gemachten Vorschlage kundzugeben, verschweigt das Glaubuch gänzlich. Offenbar hatte Lord Lansdowne im Hinblick auf den gegen das gemeinsame Vorgehen in England ausgebrochenen Entrüstungssturm nicht den Mut, sich zum Urheber des misliebigen „Bündnisses“ zu bekennen. Da indes die englische Presse, von der durch das Glaubuch erwiderten falschen Vorstellung ausgehend, die voshaftesten Verdächtigungen gegen Deutschland ausgebreitet hat, so ist es notwendig, den wahren Sachverhalt klarzulegen.

— London, 27. Januar. Das Todesurteil gegen Lynch wurde in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

— Marokko. Aus Marokko kommen wieder einmal für das bestehende Regiment recht ungünstige Nachrichten. Eine Depesche des Madrider „Imparcial“ aus Tanger meldet, der Präsidenten siehe ganz in der Nähe von Fez, das Heer des Sultans versuche ihn von der Flanke aus anzugreifen.

— Tanger, 27. Januar. Nach den letzten Nachrichten aus Fez haben 4000 Mann Truppen des Sultans eine Stellung auf einem Hügel eingenommen, der zwischen der Stadt und dem Sebu-Flusse liegt und die über diesen führende Brücke beherrscht. Der Sultan selbst und seine Leibwache haben auf einem Hügel Stellung genommen, von dem die Stadt im Süden beherrscht wird. Diese beiden Stellungen sind befestigt worden, die Besatzungen werden von weiteren 3000 Mann verteidigt. Eine andere Abteilung von 2000 Mann berittener Truppen lagert am rechten Ufer des Sebu ungefähr 12 Kilometer östlich von der über den Fluß führenden Brücke. Ungefähr 9 Kilometer nördlich von der Stadt lagert ebenfalls eine größere Abteilung Truppen des Sultans. Im ganzen dürfte die Stärke der Sultans-truppen 12 000 Mann nicht überschreiten.

— Tanger, 27. Januar. Auf den Gesandtschaften eingetroffene Nachrichten bestätigen die Meldung, daß sich der Präsident mit einer Armee von 70 000 Mann bereits an den Ufern des Flusses Inaguahar, drei Stunden von Fez entfernt, befindet. In Fez nimmt man an, daß dieser Vorstoß notwendig sei, weil die kaiserlichen Truppen unter dem Befehl Raib Omars die Berge besetzt haben. Der Nachtrag der Rebellen bleibt in Riata im Lager. Der Plan des kaiserlichen Truppenchefs ist, die Rebellen zwischen zwei Feuern zu fassen: das eine die Truppen Raib Omars, das andere die des Kriegsministers am Fluße Sebu.

— Venezuela. In der Venezuela-Angelegenheit hat Herr Bowen, der amerikanische Gesandte in Caracas, seine Vermittlungstätigkeit in Washington mit dem charakteristischen Antrage begonnen, daß die Blockade der venezolanischen Häfen sofort aufzuheben sei. Offiziell ist zwar wiederholt von der Regierung der Vereinigten Staaten betont worden, daß Bowen nur als venezolanischer, nicht auch als Vertreter der Union zu gelten